

welter auszubauen, die Zerrissenheit der Arbeiter besorgt unsere Geschäfte. Diese Absicht hat ganz gewiß nicht ein Mitglied der Sonderorganisation, sie denken vielmehr an etwas Großes — da wird von Quadern geredet, die bereits dem großen Bau zugefahren werden — ich bin der Ueberzeugung, daß das ehrliche Meinung der guten Leuten ist, aber was nützt die ehrliche Meinung von Kollegen, denen es am Gesamteinblick in die gewerkschaftliche Bewegung mangelt.

Ich sage mit ein wenig gutem Willen, mit einem zielbewußten Blick auf unsere Aufgabe ist es möglich, die Wünsche auch der Lithographen in unserem alten Verband durchaus zu befriedigen, freilich müssen sie auch in den Vordergrund treten und ihre Sache im Verband selbst zu vertreten suchen. Wir haben die neue Form, die Zillalgründung, in Berlin begonnen und ausgezeichnete Erfolge zu verzeichnen, es ist eine Freude, dort zu arbeiten. Ich glaube auch, daß ich kein schlechter Prophet bin, wenn ich sage, das ist ein gesunder Ausgangspunkt für eine Organisation der Lithographen. — Was müssen das für gering informierte Kollegen sein, die einen Antrag auf 30 Pf. Beitrag einfach unter den Tisch fallen lassen, es läßt sich solches Vereinswesen in nichts weiter auf als einen gemüthlichen Unterhaltungsverein, und da man im Statut jede Disziplin scheut, bin ich der Ueberzeugung, dieser Verband wird in kurzer Zeit mit seinem geringen Beitrag die größten Schwierigkeiten bekommen, weil er an die Einzelnen statutarisch nicht herangeht. So bleibt für mich nichts weiter übrig, als daß ich auf Grund langjähriger Erfahrungen zu dem Ergebnis komme: wir müssen nicht nur zusammen bleiben im alten Verband, sondern in erster Linie die Indifferenten zu überzeugen suchen, daß es grauenhafte Verirrung ist, wenn sie draußen bleiben. Und den verehrten Kollegen der Sonderorganisation, die ein bishigen homöopathisch ersaft sind vom Organisationsgedanken, müssen wir sagen: Was Ihr da treibt, ist reine Kindererei aber im gegenwärtigen Augenblick, einer fortgeschrittenen Gewerkschaftsorganisation gegenüber, unbewußt eine Störung unserer Zentralorganisation. Diese Störung können wir nicht brauchen, sie kommt den Arbeitgebern zu gute, und das werdet Ihr auch nicht haben wollen.

Darum müssen wir zusammenstehen, nicht wie es da heißt: Wir können uns von Fall zu Fall einigen. Ich möchte fragen, ob das so leicht sein wird mit den „Nachkollegen“ und den „Säuen“, wenn man eine Presse hat, wo man solche Sprache gegenüber den anderen spricht, und sich aufs hohe Pferd setzt, wenn man nichts bedeutet. Bei einem solchen Selbstbewußtsein, wo es nicht am Plage ist, ist eine praktische Arbeit, eine Einigung schwer möglich. Man wird darauf verfallen, daß man sagt: der Steindrucker geht jetzt vor, die Lithographen arbeiten weiter. Wenn der Arbeitgeber sieht, die Lithographen arbeiten weiter, so ist für ihn die Lage schwerer; genau so umgekehrt, wenn der Steindrucker Futter braucht für seine Presse, dann wird die Sache auch unangenehm für den Arbeitgeber. Glauben Sie, daß diese Einigung immer aus dem Boden gestampft werden kann? Ist ein Verband da, so werden diese Dinge zusammen beschloffen, es können keine übereilten Beschlüsse mehr gefaßt werden. Es kommt auch noch mit in die Erscheinung, daß wir verpflichtet sind, mit den Großen zu wirtschaften so gut es geht. Jede Organisation braucht ihre Presse, ihre Gewerkschaftsbeamten; es ist z. B. ganz gleich, ob unser Verband 5000 oder 10000 Mitglieder hat, wir haben unseren Vorstehenden als Verbandsbeamten und den Kassierer — und nun wird ganz von selbst dadurch eine Masse Geld für die neue Organisation nötig, es wird herausgeholt aus unserem Verzug. Die Rassenverhältnisse werden aber entschieden vorteilhafter, wenn alles zusammensteuert! Diese Gesichtspunkte sind wir verpflichtet ins Auge zu fassen, alle sind wir daran interessiert, daß große Kassen existieren und möglichst wenig Beamte angestellt werden. Darum halten wir an dem fest, was wir haben. Entscheiden Sie sich privatim im Geschäft und in Versammlungen stets nur für den Eintritt in den alten Verband, suchen Sie gleichzeitig im alten Verband alles stets auf ein

hohes Niveau zu bringen. Seien Sie recht rücksichtsvoll auch gegen sogenannte Schwache, wenn sie schüchtern diesen oder jenen Wunsch zum Ausdruck bringen. Wenn wir mit diesen Gesichtspunkten arbeiten und wissen, daß wir zusammengehören, dann kann es nicht fehlen, daß die Organisation immer besser wird und für den Arbeitgeber einen Gegenstand des Respektes bildet. Es ist gesagt worden, von selten der Sonderorganisation, daß Streiks ein zweischneidig Schwert sind; nun das ist nichts neues. Im „Lithograph“ steht aber noch ein anderer klassischer Satz: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß mit einsichtsvollen Chefs durch Güte mehr zu erreichen war wie durch Gewalt.“ — Ich habe nicht gehört, daß unsere Verwerkskollegen ohne einsichtige Chefs mit Gewalt vorgegangen wären. Wo Einsicht ist, da ist die Gewalt ausgeflohen, wo keine Einsicht ist, sagt man sich, wenn du nicht gutwillig willst, gebrauch ich Gewalt. Ob die Herren der Sonderorganisation eine solche Gewalt auch links liegen lassen wollen? Ich weiß es nicht. Niemals werden wir sagen, wir haben den Streik in die Rumpfkammer gelegt. Wenn man seine Waffen in die Rumpfkammer wirft, geht die Gesellschaft, die stets Waffen hat, über diese Leute zur Tagesordnung über. Wir haben keine Friedenszeit. Es sind leider nur wenig Kollegen der Sonderorganisation hier, besonders hätte ich gewünscht, die Kollegen Günther und Waldmann wären da. Was ich sagte, ist sachlich und meine Ueberzeugung. Ein ehrlicher Mensch muß sich auch, wenn er keine Gründe mehr hat und sie ihm weggenommen sind, er muß sich auch ergeben, dann habe ich Respekt vor dem Mann. Also einmütig in die Arbeit hinein und die Herren Kollegen, die von der Sonderorganisation hier sind, mögen sich als Delegierte fühlen für ihre Organisation und das hinüber tragen, was heute hier gesagt worden ist im Interesse aller Kollegen. Es sollte mich sehr wundern, wenn Sie eine gegenständige Meinung noch festhalten können. Nun, wir wissen nicht, was Sie thun, wir, die wir hier in der größeren Zahl anderer Meinung sind, halten fest am alten Verband und wollen jetzt wie früher unsere Schuldigkeit thun.

Können Lohnforderungen Wucher darstellen?

Bei der Debatte über die Zuchthausvorlage ist — wie wiederholt seit Jahren — im Reichstag von Rednern der verschiedensten Parteien die seit dem Januar 1890 vom Reichsgericht gebilligte Rechtsprechung verurteilt, welche Androhungen von Streiks, Sperren u. dergl. unter Umständen als Erpressung behandelt. Bei dieser Gelegenheit ist von einer Seite, welche gleichfalls die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf Androhungen von Streiks u. dergl. scharf verurteilt, betont, daß unter Umständen die Bestimmungen des § 302 des Strafgesetzbuchs über Sachwucher auf Lohnforderung Anwendung finden könnten, z. B. wenn der Unternehmer für den Fall nicht rechtzeitiger Lieferung hohe Konventionalstrafe zahlen müßte. Wäre diese Ansicht richtig und würde sie von Gerichten gebilligt — eine solche Anschauung hat bislang noch kein Gericht ausgesprochen —, so lämen die Arbeiter vom Klegen des Erpressungsparagraphen in die Tasche des Wucherparagraphen: die Strafe für Erpressung besteht in einem Monat bis zu 5 Jahren Gefängnis; neben dieser Strafe kann auf Ehrverlust erkannt werden. Die Strafe für Wucher im Sinne des § 302 St.-G.-B. besteht in Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu 5 Jahren, neben dieser Strafe muß auf Geldstrafe von 150 bis 15000 Mark und auf Ehrverlust erkannt werden. Die Lage der arbeitenden Klasse würde also durch eine Auswechslung des § 253 (Erpressungsparagrah) gegen den Wucherparagrah eine noch erheblich schlechtere werden. Dem Sprachgebrauch und dem Rechtsbewußtsein der arbeitenden Bevölkerung würde die Bezeichnung irgend welcher Androhung hoher Löhne für Arbeitsleistungen als Wucher noch scharfer ins Gesicht schlagen als die Bezeichnung solcher Verstrebungen als Erpressung. Es würden Gewerkschaftsführer, Streikkommissionen, die Presse, die für solchen Streik erst für solche Sperre eintreten, ja selbst diejenigen, die für Durchführung solcher Streiks Gelder zahlen, als Teilnehmer am Wucher, wegen Bestilfe zum Wucher zu bestrafen sein, wenn jene Ansicht zutreffend wäre. Neben diesen strafrechtlichen Ungeheuerlichkeiten würde auch der dargelegte Anstich auf abivrechtlichem Gebiet die Folge eintreten, daß nach § 138 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine vermeintlich wucherlich erlangte Lohnforderung vom Unternehmer im Wege der Zivilklage zurückverlangt werden könnte.

Bei dieser Sachlage erscheint es notwendig, zu prüfen, ob die erwähnte Ansicht juristisch gerechtfertigt ist. Diese Frage ist glücklicherweise auf das entscheidendste zu verneinen.

Wie liegt die Rechtslage? § 302 a des Strafgesetzbuchs stellt den sogen. Kreditwucher unter Strafe. Danach wird auch der nicht gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betriebene Wucher mit Strafe bedroht, wenn er mit Bezug auf ein Darlehn oder auf

die Stundung einer Geldforderung oder auf ein anderes zweifelhafes Rechtsgeschäft begangen wird, durch welches ein Geldbedürftiger sich Mittel für seine wirtschaftlichen Zwecke sucht. Solcher Kreditwucher kann offenbar nie unter Ausnutzung des Arbeitsvertrages seitens eines Arbeiters einem Unternehmer gegenüber ausgeübt werden, weil der Arbeiter nicht Geld, sondern Arbeitskraft dem Unternehmer giebt. Nun bedroht ferner § 302 b den sogenannten Sachwucher mit Strafe, das heißt den gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betriebenen Wucher, der mit Bezug auf ein anderes Rechtsgeschäft begangen wird, als bei dem Kreditwucher möglich ist. § 302 c lautet:

„Dieselbe Strafe“ (Gefängnis nicht unter 3 Monaten und Geldstrafe von 150 bis 15000 Mk. sowie Ehrverlust) „trifft denjenigen, welcher, mit Bezug auf ein Rechtsgeschäft anderer als der im § 302 a bezeichneten Art gewerbs- oder gewohnheitsmäßig unter Ausnutzung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines andern sich oder einem dritten Vermögensvorteile verschaffen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung übersteigen, doch nach den Umständen des Falls die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zur Leistung stehen.“

Kann die Forderung auf Lohnerhöhung unter diesen Paragraphen fallen? Bei Schaffung des § 302 c ist in erster Linie an die Zuwucherung beim Pled- und Getreidhandel gedacht. Bei der Beratung ist im Reichstage hervorgehoben, daß § 302 c auch auf Arbeitsverträge Anwendung finden könne. (Reichstagsdrucksachen 1892/93, Bericht der Kommission S. 766, 767, sten. Verhandlungen S. 1843—1851.) Die Ansicht, daß ein Arbeitgeber, der wucherlich niedrige Löhne unter Benutzung der Notlage des Arbeiters giebt oder in gleicher Weise Lohnabzüge macht, sich einer wucherischen Bevorteilung schuldig macht, wurde von keiner Seite bestritten. Von der Regierungsjelle und dem freisinnigen Abgeordneten Professor von Bar wurde schon damals hervorgehoben, daß auch der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber durch den Arbeitsvertrag Wucher begehen könne. Der Abgeordnete von Bar hervor, daß der Strafartikel unter Umständen auch diejenigen Arbeiter verurteilen würde, die durch einen Streik die Arbeitgeber zwingen wollen, übermäßig höhere Löhne zu zahlen. Denn eine Notlage kann es sein, insofern es sich um die ökonomische Existenz der Fabrikanten handelt.“ Bei Gelegenheit der Beratung des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde betont, daß von einer wucherischen Ausbeutung der Notlage eines Fabrikanten durch einen Arbeiter, der bestimmte Forderungen für den Arbeitsvertrag aufstellt, nicht die Rede sein könne. Von freisinniger Seite, die gegen den § 302 c des St.-G.-B. und gegen § 138 stimmte, wurde dem widersprochen. In der That sind wohl diese freisinnigen Argumente lediglich als Scheinbeweise gegen die erwählten Gesetzesbestimmungen aufgeführt. Thatsächlich sind sie aber hinlänglich. Diese Auffassung hat auch in der Praxis ständig geherrscht. Demgegenüber ist trotz allerlei Auslegungen noch nie versucht, den Wucherparagrahen gegen streikende Arbeiter anzuwenden. Nachdem aber bei der Zuchthausgesetz-Debatte auf die Möglichkeit einer Anwendung des Wuchergesetzes gegen streikende Arbeiter hingewiesen ist, ist eine eingehende Erörterung darüber nötig, ob diese Möglichkeit in der That vorliegt.

Zum Thatbestand des § 302 c St.-G.-B. gehört: 1. die Ausbeutung einer Notlage des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit; 2. das Verschaffen- oder Erlangen von Vermögensvorteilen, welche den Wert der Leistung übersteigen, doch nach den Umständen des Falles die dem Arbeiter gewährten Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Arbeitsleistung stehen; 3. Gewerbs- oder Gewohnheitsmäßigkeit.

Zu 1. Die Benutzung von Unerfahrenheit oder Leichtsinns des Unternehmers selbst bei Lohnkämpfen aus. Wie steht es mit der Ausbeutung einer Notlage? Eine solche liegt noch keineswegs bei der Benutzung einer unglücklichen Position des Vertragsgegners vor. Bei fast jedem Kauf spielt ja die Benutzung der Konjunktur und der dadurch geschaffenen günstigeren oder ungünstigeren Lage eine s Kontrahenten eine erhebliche Rolle, oft den Anlaß zum Abjahl des Kaufs oder Verkaufes. Die Benutzung einer Notlage liegt erst dann im Sinne des § 302 c vor, wenn der Käufer sich in einer Lage befindet, welche seine wirtschaftliche Existenz bedroht und wenn der Verkäufer es in der Hand hat, die wirtschaftliche Existenz des Schuldners zu mißbrauchen, um den Käufer (Unternehmer) zu besonders nachteiligen Verpfechungen zu veranlassen. Es genügt danach also zum Begriff einer Notlage im Sinne des § 302 c keineswegs etwa der Umstand, daß der Unternehmer sich zu einer Konventionalstrafe für den Fall nicht rechtzeitiger Erfüllung eines Baues verpflichtet hat. Würde aber selbst bei milder scharfer Auslegung des Begriffs einer Notlage (der Begriff einer Notlage im Sinne des § 302 a ist ein weiterer als der oben für § 302 c dargelegte) eine Notlage unter besonderen Umständen für vorhanden erachten, so fehlt doch stets das Kriterium einer Ausbeutung der Notlage durch den Arbeiter. Der Unternehmer würde die Konventionalstrafe vor allem dann zu zahlen haben, wenn bei ihm zu arbeiten gewillert wird. Er hat aber kein Recht darauf, daß jemand bei ihm arbeite. Dadurch, daß ein Arbeiter sich weigert, einen Arbeitsvertrag zu schließen, kann der Arbeiter sich niemals strafbar machen: wir haben rechtlich keine Arbeitsklafen mehr. Entsteht aber der Schaden auch dann, wenn der Arbeiter in Arbeit zu treten sich weigert, tritt schon in diesem Falle die Bewirkung der Konventionalstrafe ober, auch der wirtschaftliche Ruin des Unternehmers ein, so kann keine Rede von einer Ausbeutung sein, wenn der Arbeiter Arbeitsbedingungen für einen zu schließenden Vertrag begehrt — welcher Art auch immer diese Arbeitsbedingungen sein mögen. Es kann also der Arbeiter durch Abschluß eines Vertrages schon aus diesem Grunde niemals Wucher begehen. Die verurteilte Anwendung des § 302

